

**3 An- und Umbauten im Vaduzer Saal**  
Die Gemeinde genehmigte dafür 6,8 Millionen Franken.

**16 Abänderung des Treuhändergesetzes**  
Regierung hält an der FMA als künftige Kontrollinstanz fest.

**21 USV im Erstliga-Abstiegskampf**  
**Start nach Winterpause wichtig**  
Kapitän Bärtsch glaubt an eine schnelle Wende

ANZEIGE  
International School Rheintal  
Die Schule für Liechtensteiner/innen mit hohen Ambitionen  
www.isr.ch

# Volksblatt

Die Tageszeitung für Liechtenstein



Donnerstag, 6. Februar 2020  
143. Jahrgang Nr. 24

## Heute

### Von der KVA Buchs Dampfleitung feiert 10-Jahr-Jubiläum

Die Leitung zwischen der KVA Buchs und drei FL-Betrieben feiert Geburtstag. Alle involvierten Stellen werden heute darüber informieren.

**Inland** Im Fall eines Wechselbetrugs um ein Thunfischfilet könnte der Zahnarzt des Beschuldigten über den Ausgang des Gerichtsverfahrens entscheiden. **Seite 3**

**Hintergrund** «Die Dänen wissen, dass eine unkontrollierte Einwanderung ihrem grosszügigen Wohlfahrtssystem schaden würde»: Ein Kommentar des GIS-Experten Stefan Hedlund. **Seite 13**

**Sport** Die NLA-Squascher des SRC Vaduz empfangen heute im Spitzenspiel den Tabellenführer Grabs. In der sicher spannenden Partie sind die Residenzler leicht zu favorisieren. Mit einem Sieg im Nachbarduell könnte der SRCV die Grabser vom Lederthron stossen. **Seite 19**

**Wetter** Heute macht sich wieder ein Hoch für unser Wetter stark. **Seite 26** -4° 5°

### Inhalt

Inland	2-13	Kultur	23-25
Ausland	14	Kino/Wetter	26
Wirtschaft	15-18	TV	27
Sport	19-22	Panorama	28

Fr. 2.50 [www.volksblatt.li](http://www.volksblatt.li)  
Verband Südostschweiz



ANZEIGE  
Feldkirch-Tisis | Wohnanlage Zellerweg  
**wohnen+weitblick**  
i+R | Wohnbau | GmbH

Johann-Schertler-Strasse 1  
A-6923 Lauterach  
[ir-wohnbau.com](http://ir-wohnbau.com)

## Waldverjüngung soll nun rasch in Angriff genommen werden

**Massnahmen** Der Schutzwald befindet sich in einem schlechten Zustand, ein umfassendes Massnahmenpaket soll nun Abhilfe schaffen.

VON SILVIA BÖHLER

Das Ziel war, dass alle an einem Strang ziehen - und zwar in dieselbe Richtung. Um die Waldverjüngung insbesondere in den Schutzwäldern zu verbessern, wurde vor rund zwei Jahren eine Arbeitsgruppe mit den Hauptbetroffenen (Land, Gemeinden, Alp- und Bürgergenossenschaften, Forstverein, Jägerschaft und Jagdpächter) ins Leben gerufen. Sie sollten gemeinsam nachhaltige Lö-

sungen zur Sicherstellung der Waldverjüngung erarbeiten. Lange wurden die Ergebnisse unter Verschluss gehalten, doch gestern war es so weit: Regierungsrätin Dominique Hasler, Helmut Kindle (Leiter Amt für Umwelt), Vorsteher Hansjörg Büchel sowie Emanuel Banzer (Leiter Amt für Bevölkerungsschutz) stellten den Abschlussbericht der Arbeitsgruppe und das daraus resultierende Massnahmenpaket vor.

### Kleinster gemeinsamer Nenner

Während eines Jahres tagte die Arbeitsgruppe neun Mal und konnte sich trotz einiger Widrigkeiten - in der Stellungnahme der Jägerschaft heisst es: «Wir können uns bis heute des Eindrucks nicht verwehren, dass die Arbeitsgruppe von Anfang an in

eine bestimmte Richtung zu arbeiten hatte. Ein ergebnisoffener Prozess war für uns leider zu keinem Zeitpunkt zu erkennen» - auf einige Grundsätze einigen. Demnach sind sich alle bewusst, dass die einheimischen Wildtiere einen Teil der natürlichen Vielfalt des Landes darstellen und ausgewiesene Lebensräume benötigen. Einig ist man sich darüber hinaus, dass die Waldverjüngung unter einem hohen Wildbestand leidet und dieser zugunsten der Waldverjüngung und zur Sicherung des Schutzwaldes weiter reduziert werden muss. Wie diese Reduktion jedoch durchgeführt werden soll, darüber gibt es nach wie vor geteilte Meinungen. Während die einen davon überzeugt sind, dass künftig staatliche Wildhüter die Arbeit der

Jäger unterstützen und wenn notwendig auch ein Pilotprojekt «Wildgatter» durchgeführt werden sollte, gehen die Jäger davon aus, dass das jetzige Jagdsystem funktioniert und die vorgeschlagenen Massnahmen kontraproduktiv für die Waldverjüngung sind. Die Jäger wurden in der Arbeitsgruppe überstimmt und die Ergebnisse an den Lenkungsausschuss weitergeleitet, der konkretisierte und erweiterte. Das daraus entstandene Massnahmenpaket wurde kürzlich von der Regierung zur Kenntnis genommen und das Ministerium für Inneres, Bildung und Umwelt mit der Umsetzung beauftragt. Nun soll keine Zeit mehr verloren werden - auch wenn nicht alle derselben Meinung sind. **Seite 7**



### 50. Geburtstag Die Röfischrenzer feiern golden

Die älteste Gugga des Landes, die «Fürstliche Guggamusig Röfischrenzer Schaan», feiert heuer ihr 50-Jahr-Jubiläum unter dem Motto «Goldene Zeiten». Am Samstag laden die Röfischrenzer zum Jubiläumsball in den SAL in Schaan. Wir haben die Präsidentin und ein Ehrenmitglied getroffen.

(Foto: ZVG)  
**Seite 9**

## Keine Diskriminierung Gutachter hält Lösung zur Doppelstaatsbürgerschaft für zulässig

**VADUZ** Die Regierung schlägt vor, Bürgern aus dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) und der Schweiz die doppelte Staatsbürgerschaft bei einer Einbürgerung zu erlauben. Drittstaatsangehörige müssten dagegen ihre Staatsbürgerschaft weiterhin zugunsten des «blauen Passes» ablegen (das «Volksblatt» berichtete am Mittwoch). Aber diskriminiert diese Regelung nicht Menschen, die aus Drittstaaten kommen? Um dies zu prüfen, gab das Innenministerium ein verfassungsrechtliches Gutachten in Auftrag, wie aus dem gestern veröffentlichten Bericht und Antrag der Regierung hervorgeht. Demnach sei eine Lösung, die nach der bisherigen Staatsangehörigkeit unterscheidet, zulässig. Der Gesetzgeber müsse sich zwar an das Gleichbehandlungsgebot halten - habe dabei aber

«beträchtlichen Spielraum». Bei einer Differenzierung nach Staatsangehörigkeit handle es sich nicht um Diskriminierung, sofern sich diese nicht zusätzlich auf eine «verpönte Unterscheidung» nach Geschlecht, Religion, Ethnie oder Sprache abstütze. So sieht beispielsweise auch die Waffenverordnung vor, dass Angehörige gewisser Staaten - darunter die Türkei, Serbien oder Albanien - keine Waffen erwerben oder besitzen dürfen. Dies erkannte auch der Staatsgerichtshof (StGH) so an. Eines der zentralen Argumente, warum Eingebürgerte auf ihren bisherigen Pass verzichten mussten, ist der Beweis für ihre Integrationswilligkeit. Dieses Argument nimmt auch der Gutachter auf: Während EWR-Bürger und Schweizer rechtlich, wirtschaftlich und kulturell eng mit Liechtenstein verbunden

seien, treffe dies auf Bürger aus Drittstaaten weniger zu. Der Gutachter argumentiert ausserdem mit der politischen Machbarkeit: «Offensichtlich geht der Landtag davon aus, dass ein grundsätzlicher Verzicht auf den Verzicht in einer Volksabstimmung scheitern könnte.» Wenn der Landtag durch die vorliegende Lösung eine Erleichterung der Einbürgerungsvoraussetzungen für einen grossen Teil der Betroffenen herbeiführen möchte, sei dies eine durchaus zulässige und legitime Überlegung.

### Auch andere Staaten differenzieren

Liechtenstein wäre mit diesem Lösungsansatz nicht alleine. Auch andere europäische Länder kennen unterschiedliche Voraussetzungen je nachdem, woher der Einbürgerungswillige stammt. (df) **Seite 5**

## Impeachment-Verfahren US-Präsident Trump freigesprochen

**WASHINGTON** Triumph für Donald Trump: Im Amtsenthebungsverfahren gegen ihn hat der Senat den Präsidenten von allen Anklagepunkten freigesprochen. In der von Trumps Republikanern dominierten Kongresskammer kam wie erwartet nicht die nötige Zweidrittelmehrheit zustande, um Trump für Machtmissbrauch oder die Behinderung von Kongress-Ermittlungen zu verurteilen. Angeklagt hatten ihn die Demokraten: Trump soll den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj zu Ermittlungen gegen seinen demokratischen Rivalen Joe Biden gedrängt haben, um die US-Präsidentenwahl 2020 zu seinen Gunsten zu beeinflussen. Der Freispruch von höchster Stelle ist für Trump ein grosser Sieg zu Beginn des Wahljahres in den USA. (dpa)